



HESSISCHER LANDTAG

28. 05. 2015

Plenum

Dringlicher Antrag der Fraktion der SPD

betreffend Entschuldigung des Hessischen Ministerpräsidenten bei den Beschäftigten des Universitätsklinikums Gießen und Marburg unverzichtbar

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass die Privatisierung des Universitätsklinikums Gießen und Marburg falsch war, ist und bleibt. Sie war eine Fehlentscheidung der CDU-Alleinregierung unter Roland Koch und ist wesentlich vom heutigen Ministerpräsidenten mit zu verantworten. Der Hessische Ministerpräsident steht deshalb in einer besonderen Verpflichtung gegenüber den Beschäftigten.
2. Der Landtag stellt fest, dass der Hessische Ministerpräsident keine seiner Versprechungen gegenüber den Beschäftigten eingehalten hat, wie sie etwa im sogenannten "Letter of Intent" von 2013 gemacht wurden.
3. Der Landtag stellt fest, dass es der Hessische Ministerpräsident in seiner Antwort auf das Hilfeersuchen der Beschäftigten als ausreichend erachtet hat, den Beschäftigten ein Antwortschreiben zukommen zu lassen, das 1:1 den Äußerungen der Unternehmensleitung des Rhön-Klinikums entspricht, und es nicht für nötig hielt, eigene Argumente vorzutragen. Der Landtag sieht darin eine erneute Missachtung der Beschäftigten des Universitätsklinikums und verurteilt dieses auf das Schärfste. Er fordert den Hessischen Ministerpräsidenten auf, sich bei den Beschäftigten des Universitätsklinikums für dieses Verhalten zu entschuldigen.
4. Der Landtag missbilligt den Versuch des Ministerpräsidenten, mit rechnerischen Tricks und doppelter Personalrechnung die Überlastung der Beschäftigten wegzurechnen und damit ihre Bitte um Unterstützung zu ignorieren.
5. Der Landtag bekräftigt seine Unterstützung für die von zunehmender Arbeitsverdichtung und Überlastung betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Universitätsklinikums.
6. Der Landtag fordert die Landesregierung erneut auf, durch die Einführung gesetzlicher Personalstandards in Hessen angemessene Arbeitsbedingungen in den Krankenhäusern zu schaffen und die Patientensicherheit zu verbessern.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 28. Mai 2015

Der Fraktionsvorsitzende:
Schäfer-Gümbel